

Kristina Dietz/Bettina Engels

Immer (mehr) Ärger wegen der Natur?¹ – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur

Schlüsselwörter: ökologische Krise, Politische Ökologie, Konflikt, Gesellschaftstheorie

Konflikte um Natur erlangen in der Politikwissenschaft zunehmend Bedeutung. Bestehende analytische Zugänge weisen jedoch einige Schwächen auf. Wir widmen uns zunächst der Umweltkonfliktforschung. Dieser fehlt, so unser Argument, ein theoretisches Verständnis des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses, was eine an gesellschaftliche Strukturen rückgebundene Analyse von Konflikten um Natur verhindert. Eine politisch-ökologische Perspektive ermöglicht zwar eine solche Analyse, allerdings bleibt ihr Konfliktbegriff oft vage. Der Beitrag entwickelt hiervon ausgehend eine gesellschafts- und konflikttheoretisch angeleitete Perspektive, mit der es gelingt, das Verhältnis von Natur und Konflikt begrifflich zu fassen, theoretisch zu verankern und empirisch zu analysieren.

Struggling with nature? Analysing conflicts over nature from a social and conflict theory perspective

Keywords: ecological crisis, political ecology, conflict, social theory

In political science, conflicts over nature gain more and more momentum. Thereby, existing analytical approaches are theoretically and conceptually flawed. The paper addresses weaknesses of the environmental conflict approaches which lack a theoretical perspective on societal-nature-relations and therefore fail to analyse conflicts over nature in structured societies. In contrast, political ecology builds upon social theory; however, contributions in this field often lack a theoretically funded understanding of conflict as such. The aim of the article is therefore to develop a perspective on conflicts over nature that builds upon social and conflict theory, and that can capture conflicts over nature conceptually and empirically.

Dr. Kristina Dietz
Lateinamerika-Institut (LAI) der FU Berlin
Boltzmannstr. 1, D-14195 Berlin
E-Mail: kristina.dietz@fu-berlin.de

Dr. Bettina Engels
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin
Ihnestr. 26, D-14195 Berlin
E-Mail: bettina.engels@fu-berlin.de

1. Einleitung²

Seit den 1980er-Jahren ist die ökologische Krise Gegenstand sozial- und politikwissenschaftlicher Arbeiten. Begrifflich und inhaltlich ging es dabei zunächst um eine Politisierung des ökologischen Krisenzusammenhangs, das heißt um die Thematisierung der Ökologieproblematik nicht als eine Krise oder Störung der Umwelt an sich, sondern um das Verstehen der ökologischen Krise als eine „*Krise des Politischen*“ (Becker/Jahn 2003, 93). Ausgangspunkt und Gegenstand dieser Phase der Politisierung waren gesellschaftliche Konflikte, etwa um die Startbahn West oder die Endlagererkundung in Gorleben (Niedersachsen). In diesen Konflikten ging und geht es nicht nur um Natur, deren Art der Nutzung oder Nicht-Nutzung, sondern auch um das Politische selbst, um Verfahrensweisen, Entscheidungsprozesse, Inklusion und Exklusion.

Standen Konflikte im Mittelpunkt der anfänglichen Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise, wurde dieser Fokus zunehmend von Fragen der Steuerbarkeit und der Lösung von Umweltproblemen abgelöst. In den 1990er-Jahren ging es um Institutionen des Umweltschutzes sowie um die Regulierung des Zugangs zu und der Nutzung von Natur, erst auf nationalstaatlicher, später auch auf supranationaler und globaler Ebene. Mit der Zuspitzung und Vervielfältigung ökologischer Krisenphänomene und der wachsenden Thematisierung ihrer gesellschaftlichen Wirkungen ab Ende der 1990er-Jahre kehrte auch das Interesse politikwissenschaftlicher Arbeiten für Konflikte um Natur zurück. Konflikte werden seither zunehmend mit ökologischen Krisenzusammenhängen in Verbindung gebracht bzw. wird hierin ihr Ursprung vermutet.

Dies zeigt sich beispielsweise an den Äußerungen des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon, der in den Folgen des Klimawandels eine „wesentliche Antriebskraft von Krieg und Konflikt“ (UN News Center 2007) sieht, ebenso wie an der Entstehung transnationaler Netzwerke, die sich der Beobachtung und Dokumentation von „Umweltkonflikten“ allgemein oder in einzelnen Sektoren widmen.³ Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen (u.a. Santandreu/Gudynas 1998; Ortíz T. 1999; Peluso/Watts 2001a; Escobar 2006; Müller-Mahn 2006; Barnett/Adger 2007; Bebbington 2007a; Buhaug/Urdal 2009; Deligiannis 2012) und Schwerpunktheften⁴ belegt darüber hinaus die wachsende Bedeutung dieser Thematik.

Auffällig ist hierbei die fehlende Einigkeit darüber, wie der Gegenstand begrifflich zu fassen ist. Im Bereich der Internationalen Beziehungen wird häufig von „Umweltkonflikten“, teils auch von „ökologischen Konflikten“ gesprochen (vgl. Homer-Dixon 1994; Bächler et al. 1996; Homer-Dixon 1999; Deligiannis 2012). In der Ethnologie, Geografie und der kritischen Umweltökonomik hingegen finden sich Begriffe wie „sozial-ökologische Konflikte“ (Becker/Jahn 2006), „socio-environmental conflicts“ (Nims 2005) und „ökologische Verteilungskonflikte“ (Martínez-Alier 1997). Die beschriebene Begriffsvariabilität verweist nicht nur auf das breite Spektrum an theoretischen Perspektiven und sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen, die sich im Kontext der ökologischen Krise mit Konflikten um Natur befassen. Sie drückt darüber hinaus aus, dass eine theoriegeleitete Bestimmung des Verhältnisses von Natur, Gesellschaft und Konflikt häufig ebenso ausbleibt wie ein theoretisch begründeter Konfliktbegriff. Denn in vielen Fällen werden Konflikte um Natur willkürlich mit teils synonymen Bezeichnungen belegt, ohne dass implizit dahinter stehende oder damit verbundene theoretische Annahmen ausgeführt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des vorliegenden Beitrags, eine Analyseperspektive zu entwickeln, mit der es gelingt, das Verhältnis von Natur und Konflikt begrifflich zu fassen und theoretisch zu verankern. Diese Perspektive soll sowohl über ein theoretisches Verständnis des Natur-Gesellschaft-Verhältnisses verfügen, als auch konflikttheoretisch begründet sein. Wir verwenden dabei bewusst die Formulierung „Konflikte um Natur“, weil wir vermeiden wollen

zu suggerieren, Konflikte ließen sich kategorial in soziale, politische, ökonomische oder sozial-ökologische Konflikte unterscheiden. Gleichzeitig ziehen wir den Begriff Natur dem ansonsten im Zusammenhang mit Konflikten weitläufig gebrauchten, aber unbestimmten Begriff der Umwelt vor. Den Begriff der Natur verwenden wir im Sinne einer sozial vermittelten Natur. Sozial vermittelt bedeutet, dass Natur, wie sie heute vorliegt und von uns wahrgenommen und interpretiert wird, immer schon gesellschaftlichen Konstruktionsprozessen unterworfen war und ist. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Konstruktion nicht beliebig. Natur hat eine eigenständige physische Materialität. Diese kommt insbesondere in ökologischen Krisen zum Ausdruck (Görg 2003a, 124). Dies zeigt sich etwa an den materiell-stofflichen Wirkungen des Klimawandels (veränderte Niederschlagsmuster, Gletscherschmelze, Meeresspiegelanstieg), an den Folgen von Überfischung und Überdüngung der Meere, an den mikroklimatischen und ökosystemaren Veränderungen in Folge von Waldrodungen (zu dem hier verwendeten Naturbegriff vgl. Görg 2003b; Wissen 2008; Castree 2000; 2001).

Ein Verständnis von Natur als sozial vermittelt betont bereits die Bedeutung von sozialen Verhältnissen in Konflikten um Natur. Konflikte um Natur umfassen dabei materielle Verteilungskonflikte ebenso wie Konflikte um die Formen und Praktiken der Naturaneignung, die rückgebunden sind an konkurrierende Naturdeutungen, -repräsentationen und Diskurse (etwa um das „richtige“ Entwicklungsmodell).

Wir gehen wie folgt vor: In einem ersten Schritt widmen wir uns der bestehenden politikwissenschaftlichen Forschung zu Umwelt und Konflikt. Der seit den frühen 1990er-Jahren etablierten Umweltkonfliktforschung fehlt, so unser zentraler Kritikpunkt, ein theoretisches Verständnis des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses, welches für die Analyse des Nexus von Natur und Konflikt sowie seiner dynamischen Vermittlungsmechanismen unabdingbar ist. Die meisten Arbeiten der Umweltkonfliktforschung räumen gesellschaftlichen und politischen Faktoren zwar grundsätzliche Bedeutung ein, basieren dabei jedoch auf einem dualistischen Verständnis des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses. Ausgehend von den identifizierten Leerstellen legen wir im nächsten Schritt Ansatzpunkte einer gesellschafts- und konflikttheoretischen Perspektive auf Konflikte um Natur dar. Hierfür nehmen wir eine politisch-ökologische Analyseperspektive ein. Das Forschungsfeld der Politischen Ökologie zeichnet sich durch eine vielfältige, gesellschaftstheoretisch begründete Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Natur aus. Vielen empirischen Arbeiten in diesem Bereich fehlt allerdings ein analytisch geschärfter Konfliktbegriff, weshalb der gesellschaftstheoretischen Verortung unserer Perspektive eine konflikttheoretische Begründung folgt. Wir argumentieren in diesem Beitrag folglich zugunsten einer politisch-ökologischen Analyseperspektive, die wir um einen handlungstheoretisch geschärften Konfliktbegriff ergänzen. Das Verhältnis von Natur und Gesellschaft fassen wir als dialektisch: Wir verstehen beide nicht als getrennte Einheiten (Görg 2003a, 121), sondern als wechselseitig konstitutiv vermittelt. Natur lässt sich nicht ohne Gesellschaft, Gesellschaft nicht ohne Natur begreifen. Aus einer solchen Perspektive lassen sich Konflikte um Natur als Ausdruck sozialer Herrschafts- und Machtverhältnisse sowie – hiermit verbunden – als Ausdruck konkurrierender Weltansichten und Wertvorstellungen verstehen. Konflikte fassen wir als soziales Handeln sowie als strukturiert durch die Interessen und die Macht der beteiligten AkteurInnen (vgl. Giesen 1993).

Hierin zeigt sich auch der Mehrwert einer interdisziplinären Betrachtungsweise. Einerseits können politikwissenschaftliche Ansätze von den gesellschaftstheoretisch angeleiteten Untersuchungen des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses der Politischen Ökologie profitieren. Andererseits können Debatten in der Soziologie und Politikwissenschaft zu einer analytischen Schärfung des

Konfliktbegriffs im Forschungsfeld der Politischen Ökologie beitragen, das disziplinär meist in der Geografie und teilweise in der Anthropologie verortet ist.

Wir sprechen uns für einen Ansatz aus, der Konflikte an das Handeln sozialer AkteurInnen bindet, und argumentieren, dass eine solche akteurs- und handlungsorientierte Perspektive aufbauend auf dem theoretischem Fundament der Politischen Ökologie entwickelt werden kann und für die empirische Forschung zu Konflikten um Natur vielversprechend ist.

2. Umwelt und Konflikt in der politikwissenschaftlichen Forschung

Das Spektrum der Auseinandersetzung mit Konflikten um Natur in den Sozialwissenschaften ist breit: von der Bedeutung wertvoller Rohstoffe (etwa Erze oder Diamanten) als Gegenstand gewaltsamer Auseinandersetzungen und zur Finanzierung von Rebellionen (etwa Ross 2004; Collier/Hoeffler 2005; le Billon 2005) über Konflikte im Zusammenhang mit Staudämmen, Bergbau oder Infrastrukturprojekten (Carvalho 2006; Bebbington 2007b; Fulmer et al. 2008; Reboratti 2008), der Förderung von Erdöl und -gas in „ethnischen Territorien“ (etwa Ortíz T. 2004; Watts 2007; Orta-Martínez/Finer 2010) hin zu Konflikt verursachenden oder verschärfenden Wirkungen des Klimawandels (etwa Reuveny 2007; Butler/Gates 2012). Empirisch überlagern sich diese Phänomene häufig, und auch in der Literatur lassen sich die jeweiligen Debatten nicht immer klar voneinander abgrenzen. Wir beschränken uns in diesem Beitrag auf diejenigen Forschungsarbeiten, die den Wandel in Qualität und Verfügbarkeit der Ressourcen Wasser, Agrar- und Weideland für kollektive Konflikte untersuchen. Unbestritten ist, dass dieser Wandel unterschiedliche, miteinander verschränkte Ursachen haben kann, etwa die Folgen des Klimawandels, politisch-ökonomische und politisch-institutionelle Transformationen⁵ oder Territorialisierung als Strategien zur Etablierung und Sicherung von Herrschaft (vgl. Vandergeest/Peluso 1995; Humphreys Bebbington/Bebbington 2010). Die komplexen Ursache-Wirkungs-Verhältnisse im Bereich der gesellschaftlichen Aneignung von Natur stehen jedoch nicht im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Die politikwissenschaftliche Umweltkonfliktforschung nimmt die Bedeutung der Knappheit und Verknappung erneuerbarer natürlicher Ressourcen (insbesondere Wasser und Land) für gewaltsam ausgetragene zwischenstaatliche sowie innergesellschaftliche Konflikte in den Blick. Neomalthusianisch⁶ inspirierte Argumente und naturalistische Sichtweisen auf gesellschaftliches Handeln sind dabei prägend. Zentral ist die These, Ressourcenverknappung führe zu Konflikten, wobei ein exponentielles Bevölkerungswachstum diesen Prozess verstärke oder beschleunige. Der wohl einflussreichste Autor in den 1990er-Jahren, der ersten Phase der Umweltkonfliktforschung, Thomas Homer-Dixon, nimmt an, dass auf unterschiedliche Weise verursachte Ressourcenknappheit gesellschaftliche Auswirkungen hat, die wiederum in gewaltsamen Konflikten resultieren können:

Identifying how environmental scarcity can contribute to conflict [...] means identifying scarcity's possible causal roles. To do this, I divide the question into two further questions that correspond to the two arrows, or causal steps [...]: What are the important social effects (such as impoverishment and migrations) of environmental scarcity? And what types of violent conflict, if any, are most likely to result from these social effects? (Homer-Dixon 1999, 6)

Homer-Dixons zentrales Modell – umweltbedingte Ressourcenknappheit führt zu sozialen Effekten (er betont hier besonders Migration), die wiederum zu gewaltsamen Konflikten führen – ist grundlegend für zahlreiche folgende Beiträge (etwa WBGU 2008).

Seit den 2000er-Jahren werden die Debatten der Umweltkonfliktforschung von Arbeiten aus dem Umfeld des Peace Research Institute Oslo (PRIO) geprägt.⁷ Leitend ist hier die Hypothese eines zwar nicht unmittelbaren, aber doch linearen Kausalpfades von Klimawandel zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Während Homer-Dixon ethnische Konflikte und Bürgerkriege als die Konflikttypen identifiziert, die am wahrscheinlichsten aus umweltbedingter Knappheit resultieren würden, sehen spätere Studien vor allem einen Zusammenhang zwischen ökologischem Wandel und lokalen bzw. Intergruppenkonflikten, insbesondere um Land und Wasser (etwa Hauge/Ellingsen 1998; Butler/Gates 2012; Raleigh/Kniveton 2012; Theisen 2012). Dabei werden Konflikte um Natur als Verteilungskonflikte um Ressourcen anerkannt: „Conflicts arise over the *distribution* of resources rather than their absolute *level*, and distributional issues are inherently part of a political bargaining process.“ (Hendrix/Salehyan 2012, 37; Herv. im Original) Angesichts dessen überrascht es jedoch, dass sich die empirischen Analysen der meisten Studien nicht mit den Mechanismen der Verteilung von Ressourcen, entsprechenden politischen Aushandlungsprozessen und den zugrunde liegenden sozialen Verhältnissen befassen.

Die überwiegend quantitativen Studien widmen sich den Zusammenhängen zwischen Niederschlags- und Temperaturvariabilitäten, Bodendegradation oder Ressourcenknappheit (etwa die Menge des pro Kopf verfügbaren Trinkwassers) als unabhängige sowie Konflikt und Gewalt als abhängige Variablen. Sie betonen zwar stets die politische und soziale „Vermittlung“ dieser Zusammenhänge, in den empirischen Analysen wird diese jedoch auf makrostrukturelle Kontrollvariablen (etwa Regimetyp, BIP pro Kopf, Bevölkerungswachstum oder ethnische Fragmentierung) reduziert (vgl. etwa Hendrix/Glaser 2007; Meier et al. 2007; Raleigh/Urdal 2007; Reuveny 2007; Hendrix/Salehyan 2012; Theisen 2012). Zudem verbleiben diese Faktoren auf der nationalstaatlichen Ebene (aggregiert auf der Basis Nationalstaat/Jahr), soziale und politische Aushandlungsprozesse sowie Institutionen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene werden nicht erfasst (vgl. kritisch Engels/Chojnacki 2012).⁸

Natur und Gesellschaft erscheinen in den Arbeiten der Umweltkonfliktforschung als prinzipiell voneinander getrennte Sphären. Natur wird theoretisch als exogener Faktor behandelt, der – in Interaktion mit politischen und gesellschaftlichen, analytisch von Natur zu trennenden – Faktoren soziales Handeln beeinflusst. Auch in komplexen, multikausalen Erklärungsmodellen bleibt die Grundstruktur einer unidirektionalen Wirkungskette bestehen, an deren Anfang „natürliche“ Einflüsse (Klima- bzw. Wettervariabilitäten, Ressourcenknappheit) und an deren Ende Konflikt und Gewalt stehen – wenngleich in allen Modellen diese Wirkungskette von zahlreichen miteinander interagierenden Faktoren beeinflusst wird.

Trotz der Integration entsprechender intervenierender und Kontrollvariablen erweisen sich die meisten Arbeiten der Umweltkonfliktforschung als weitgehend gesellschaftsblind. Innergesellschaftliche Differenzkategorien und soziale Verhältnisse werden kaum berücksichtigt (von „ethnischer Fragmentierung“ abgesehen). Aus politisch-ökologischer Sicht beschränkt sich soziale und politische Vermittlung in Konflikten um Natur nicht auf makrostrukturelle Kontextfaktoren wie wirtschaftliches Wachstum oder formelle Institutionen auf nationalstaatlicher Ebene. Es geht weniger darum, dass solche Rahmenbedingungen bestimmen oder beeinflussen, ob und wie „natürliche“ Prozesse und Ereignisse soziales Handeln verursachen. Wenn wir von Vermittlung sprechen, meinen wir, dass Natur bzw. Gesellschaft nicht durch Abgrenzung von dem jeweils anderen Pol verstanden werden kann, sondern als konstitutiv aufeinander bezogen zu bestimmen

ist, ohne dass dabei beide Bereiche ineinander fallen würden (Görg 2003b, 27f.). Das bedeutet, dass jeglicher „natürlicher“ Prozess als solcher sozial strukturiert und produziert ist. Dies bezieht sich nicht (nur) auf das Problem der Endogenität (sprich, dass Faktoren wie Degradation und Übernutzung schwerlich als exogen zu konzeptualisieren sind; Salehyan 2008, 320). Die konstitutive Vermitteltheit zwischen Gesellschaft und Natur bedeutet, dass Praktiken der Nutzung von Natur konstitutiv für die Konstruktion sozialer Gruppen (Klassen, Ethnien u.a.) und daran gekoppelter Herrschaftsmechanismen⁹ sind (etwa Stigmatisierung und Ausschluss bestimmter Landnutzungsgruppen von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, beispielsweise Wanderweidegesellschaften). Selbst wenn die Auswirkungen sich verändernder Umweltbedingungen (seien es Temperaturen und Niederschläge, Bodenbeschaffenheit oder Landnutzung) sozial differenziert analysiert werden (was in der Umweltkonfliktforschung in der Regel nicht der Fall ist), stehen diese Bedingungen insofern in einem wechselseitig konstitutiven Verhältnis mit ihren Wirkungen, als bereits die Kriterien sozialer Differenzierung mit der „natürlichen“ Umwelt verschränkt sind.

An der Frage der Vermittlung wird besonders deutlich, dass wir es in der Forschung zu Konflikten um Natur auch mit einem Problem der Verständigung zwischen unterschiedlichen Fachdisziplinen, Wissenschaftstraditionen und erkenntnistheoretischen Positionen zu tun haben: VertreterInnen der Umweltkonfliktforschung, die in der Politikwissenschaft und insbesondere in der Bürgerkriegsforschung methodologisch eher im Positivismus verankert sind, verstehen „soziale Vermittlung“ im Sinne von Wechselwirkung, also im Sinne einer eher äußerlichen Bezugnahme von Relaten aufeinander. Demgegenüber argumentieren wir in Anlehnung an Arbeiten aus dem Forschungsfeld der Politischen Ökologie und der kritischen deutschsprachigen sozial-ökologischen Forschung (Görg 2003a, b) für ein Verständnis von Vermittlung, das der Marx'schen Gesellschaftstheorie verpflichtet ist und im Sinne eines dialektischen Bezugs zweier Pole, die konstitutiv aufeinander verweisen, zu verstehen ist.

3. Gesellschafts- und konflikttheoretische Grundlagen

Eine gesellschafts- und konflikttheoretisch verfasste Perspektive auf Konflikte um Natur wendet sich gleichermaßen gegen umweltdeterministische Ansätze, die soziale Probleme naturalisieren, wie gegen die Tendenz, gesellschaftliche und politische Fragen von der Materialität von Natur zu abstrahieren. Es geht also einerseits darum, die physischen Folgen gesellschaftlicher Naturaneignungen in Beziehung zu den sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen und Strukturen zu setzen, welche das Verhältnis von Gesellschaft und Natur bedingen. Andererseits ist es das Ziel einer solchen Perspektive, den Konfliktbegriff theoretisch und begrifflich zu schärfen, um ihn damit der empirischen Analyse besser zugänglich zu machen.

3.1 Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur

Eine gesellschaftstheoretisch informierte Betrachtung der Verhältnisse von Gesellschaft und Natur ist dem Forschungsfeld der Politischen Ökologie inhärent. Dieses stellt kein kohärentes Theoriegebäude dar, sondern umfasst eine Vielzahl von disziplinären und theoretischen Ansätzen. Gemeinsam ist ihnen ein Verständnis von Konflikten um Natur als Konflikte darum, wie der Zugang zu, die Kontrolle über und der Besitz von Ressourcen gesellschaftlich verteilt sind.

Political Ecology provides tools for thinking about the conflicts and struggles engendered by the forms of access to and control over resources. Its attentiveness to the power relations inherent in defining, controlling and managing nature suggests an alternative way of viewing the link between environment and political action. (Peluso/Watts 2001b, 25; vgl. Robbins 2004)

Weniger der biophysikalische Zustand von Ressourcen und ihre Menge *per se* sind ausschlaggebend in Konflikten um Natur, sondern die Prozesse ihrer gesellschaftlichen Aneignung. Diese Prozesse gehen mit Verteilungs- und Nutzungskonflikten einher, die an andere soziale und politische Kämpfe und Konflikte rückgekoppelt sind (etwa Klassenkämpfe, Kämpfe um die Anerkennung staatsbürgerlicher Rechte, Geschlechtergleichstellung oder Minderheitenrechte). Konflikte um Natur sind aus dieser Perspektive nicht einem äußerlichen, von den gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängigen Umweltwandel geschuldet, sondern sozial produziert und durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturiert, die bereits in Natur eingeschrieben sind.

Grundlegend für eine auf solche Macht- und Herrschaftsverhältnisse gerichtete Analyse ist eine dialektische Sichtweise auf das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. Diese basiert auf der Marx'schen Überlegung, dass Menschen zur Befriedigung existenzieller Bedürfnisse Natur aneignen und transformieren müssen. In dem Prozess der Aneignung und Transformation von Natur verändert sich jedoch nicht nur Letztere, sondern auch Gesellschaft, soziale Praktiken und Institutionen. Dieser reziproke Transformationsprozess ist stets mit politisch-ökonomischen Strukturen, technologischen Entwicklungen und Wissensasymmetrien verbunden (Swyngedouw 2004, 130; vgl. Görg 2003b). Über die (ungleiche) Verteilung von Nutzungsrechten entlang sozialer Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität, *race* und Klasse/Kaste schreiben sich gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in Natur ein. Gleichzeitig sind die Transformation, Aneignung und Kontrolle von Natur ihrerseits konstitutiv für Herrschaft (Wissen 2008, 74).

Was bedeutet dies für das Verständnis von Konflikten um Natur, und welche Bedeutung hat die Materialität von Natur für gesellschaftliche Konflikte? Zunächst gehen wir davon aus, dass Natur, etwa Land, Wasser oder Wälder, „keine geschichtsfremde, der Gesellschaft äußerliche Größe“ ist (Wissen 2008, 79). Konflikte um Natur sind Konflikte um eine historisch und gesellschaftlich produzierte Natur (vgl. Peluso 2012). Dies lässt sich anhand der Ressource Land veranschaulichen. Nicht die stofflichen Eigenschaften von Land und Boden (Bodenfruchtbarkeit, chemische und mineralische Zusammensetzung) *an sich* brechen sich in gesellschaftlichen Konflikten um Land Bahn. Vielmehr ist es eine von historisch spezifischen Landpolitiken und Landnutzungsformen geprägte Materialität von Land, die in Konflikten um Land zum Tragen kommt. Im Zentrum von Konflikten um Natur geht es immer auch um die in Natur materialisierten sozialen Verhältnisse. Auf die soziale Konstruktion von Natur zu verweisen bedeutet nicht notwendigerweise zu behaupten, dass Natur nicht über eine eigene Materialität verfügen würde. Auch eine gesellschaftlich produzierte Natur besitzt Eigengesetzlichkeiten, die sich in Form von Verknappung, ökologischen Krisen und ökosystemaren Veränderungen geltend machen (Görg 2003a, 124) und damit bestehende Konflikte um den Zugang zu und die Verteilung von Natur beeinflussen sowie neue hervorrufen. Natur kann nicht beliebig angeeignet und transformiert werden, „sie hat eine Materialität, die nicht ignoriert werden kann“ (Castree 2000, 29). Dies zeigt sich etwa am Klimawandel, an den sich wandelnden meeresökologischen Zusammenhängen aufgrund von Überfischung und ansteigenden Wassertemperaturen oder anhand von Erosionsschäden von Böden in Hanglagen, die zur landwirtschaftlichen Nutzung angeeignet werden. Die so zur Geltung kommenden Eigengesetzlichkeiten von Natur können soziales Handeln und

mithin Konflikte um Natur zwar strukturierend beeinflussen, allerdings nicht im Sinne einer naturalistischen Vorstellung von Quasi-Gesetzlichkeiten. So sind die Verknappung von Fischbeständen und eine sich wandelnde Artenzusammensetzung in vielen küstennahen Meeresregionen zwar häufig Gegenstand von Konflikten zwischen verschiedenen NutzerInnen, die Verknappung als solche ist jedoch gesellschaftlich produziert, nämlich über eine von der stofflichen Materialität abstrahierende großindustrielle kapitalistische Fischereiwirtschaft.

Wie werden Konflikte um Natur aus einer gesellschaftstheoretisch angeleiteten Perspektive nun analysiert? Innerhalb des Forschungsfeldes der Politischen Ökologie finden sich unterschiedliche Strömungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Die erste Strömung umfasst Arbeiten, die sich in den 1980er-Jahren an marxistisch inspirierte Entwicklungstheorien (Dependenztheorie, Weltsystemtheorie) anlehnten (Garcia 1981; Blaikie 1985; Bunker 1985; O'Brien 1985). Sie erklärten Umweltprobleme im globalen Süden als Ergebnisse der Integration peripherer Weltregionen in den kapitalistischen Weltmarkt. Konflikte um Natur stellen aus dieser Sicht ressourcenbezogene Verteilungskonflikte dar, wobei Macht- und Ungleichheitsverhältnisse darüber entscheiden, wer Zugang zu Ressourcen hat und die Formen ihrer Nutzung definiert. Die Politische Ökonomie bildet hier den zentralen Referenzrahmen zur Deutung von Konflikten um Natur, die in strukturtheoretischer Weise als Kämpfe zwischen sozialen Klassen verstanden werden. Konflikte um Natur lägen häufig dann vor, wenn „ärmere“ Bevölkerungsgruppen gegen die „Enteignung“ ihrer „natürlichen“ Lebensgrundlagen protestieren (Martínez-Alier 2002).

Als zweite Strömung sind Arbeiten zu nennen, die ab den 1990er-Jahren den strukturtheoretischen Fokus der neomarxistischen Schule als zu einseitig kritisierten und eine stärkere Akteurs- und Handlungsorientierung einforderten. Exemplarisch hierfür kann die Arbeit von Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997) stehen. Bryant und Bailey fassen Konflikte um Natur als das Ergebnis von wechselseitig aufeinander bezogenem politischen Akteurshandeln. Ihre Analyse setzt an den Interessen, Zielen und Handlungen unterschiedlicher AkteurInnen an, ihren durch Macht und gesellschaftliche Verhältnisse bestimmten Positionen und Rollen, sowohl in konkreten lokalen Auseinandersetzungen als auch mit Blick auf den erweiterten politisch-ökonomischen Rahmen. Ziel ist es, die Handlungsmöglichkeiten von AkteurInnen in einem politisch-ökonomisch strukturierten Feld auszuloten, ohne dabei einem ökonomischen Reduktionismus zu verfallen (Bryant/Bailey 1997, 2).

Die dritte Strömung bilden feministische politisch-ökologische Arbeiten (vgl. zum Überblick ausführlich Bauriedl 2010; Wasser et al. 2012). Sie richten sich gegen in Wissenschaftstheorie und -praxis implizite und explizite binäre geschlechtliche Codierungen, die Emotion und Natur mit Weiblichkeit, Rationalität und Kultur hingegen mit Männlichkeit verbinden. Frühe Arbeiten des *feminist environmentalism*, der in den 1980er-Jahren durch Bina Agarwal begründet wurde und die geschlechtlich strukturierte Verteilung des Zugangs zu Ressourcen betont, umfassten bereits zentrale Elemente einer später explizit als feministische Politische Ökologie bezeichneten Perspektive (vgl. Agarwal 1998). Zentral hierfür ist die Arbeit von Dianne Rochelau, Barbara Thomas-Slayter und Esther Wangari (1996). Sie verstehen Geschlecht, stets verschränkt mit anderen sozialen Differenzkategorien (Klasse, *race*), gleichzeitig als materiellen Effekt von gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie als konstitutiv für diese. Konflikte um Natur sind aus feministischer Perspektive stets geschlechtlich strukturiert. Gleichzeitig wirken gesellschaftliche Konflikte um Natur auf die Geschlechterverhältnisse insofern zurück, als sie bestehende geschlechtliche Strukturierungen, Geschlechterrollen und -stereotype sowie vergeschlechtlichte Diskurse ebenso reproduzieren wie umfassend verändern können.

Die vierte Strömung stellt die poststrukturalistische Politische Ökologie dar. Sie erkennt zwar grundsätzlich an, dass Verteilungskonflikte um materielle Güter bestehen, betont jedoch die diskursiv-symbolische Dimension dieser Konflikte. Arbeiten aus diesem Feld analysieren Wissen und Machtbeziehungen im Bereich Natur: dominante Naturdeutungen und Konzepte, konkurrierende Deutungsmuster, Repräsentationen und Subjektivierungsprozesse (vgl. Agrawal 2005; Ulloa 2010; Escobar 1996). Wie Menschen Natur aneignen und transformieren, wie sie diese Aneignungsformen wahrnehmen und auf sie reagieren, ist dabei abhängig von kulturellen Deutungen, Zuschreibungen sowie den historischen und gegenwärtigen Subjektpositionen der AkteurInnen.

Gemeinsam ist diesen Strömungen, dass sie sich im Unterschied zur Umweltkonfliktforschung auf die gesellschaftliche *Verfasstheit* von Natur und Konflikten beziehen. Im Zentrum der Analysen stehen die sozialen Verhältnisse, die sich über die ungleiche Verteilung von Machtpositionen und von Zugang zu Entscheidungen darüber, wie Natur von wem wofür genutzt wird, in Natur einschreiben. Hierüber werden gesellschaftliche Verhältnisse als konstitutive Elemente einer „sozialen Natur“ (Castree 2001) sichtbar und somit analysierbar.

Gleichwohl sich das Verständnis von Konflikt und die analytische Herangehensweise an den Gegenstand im Feld der Politischen Ökologie in den vergangenen 30 Jahren weiterentwickelt und ausdifferenziert hat, bleibt die theoretische Bestimmung dessen, was ein Konflikt ist, ein zentrales Desiderat dieses Forschungsfeldes. Typischerweise findet in der Politischen Ökologie ein sehr weiter Konfliktbegriff Verwendung, der soziale Widersprüche als solche, politische Aushandlungen, soziale und institutionelle Wandlungsprozesse ebenso wie mittels Repression abgesicherte Herrschaftsverhältnisse und Widerstand gegen diese umfasst. Dies liegt nicht zuletzt in den strukturtheoretischen Ursprüngen der Politischen Ökologie begründet. Zudem entspringt der weite Konfliktbegriff dem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse, das ein konstitutives Element der Politischen Ökologie darstellt. Der Fokus politisch-ökologischer Analysen liegt auf den gesellschaftlichen Verhältnissen und (Ungleichheits-)Strukturen, auf den Diskursen sowie den kulturellen und sozialen Praktiken, die diese Verhältnisse absichern, sowie auf dem Handeln subalternen Klassen, das sich gegen diese Verhältnisse richtet. Analytisch verliert der Konfliktbegriff jedoch in dem Moment an Schärfe, wenn er für Strukturen, Diskurse und Akteurshandeln gleichermaßen gebraucht wird. Wir teilen sowohl die gesellschaftstheoretischen Prämissen als auch das emanzipatorische Erkenntnisinteresse der Politischen Ökologie, schlagen jedoch für die empirische Analyse einen theoretisch begründeten, geschärften Konfliktbegriff vor. Dieser schließt insbesondere an den akteursorientierten politisch-ökologischen Ansatz an und steht damit keineswegs im Widerspruch zu den theoretischen Grundlagen der Politischen Ökologie.

3.2 Zum Konfliktbegriff

Wir leiten den Konfliktbegriff bewusst nicht aus der Politischen Ökologie ab, denn das Feld bietet hierfür weniger Anknüpfungspunkte als die sozialwissenschaftliche Konflikttheorie. Die gemeinsame theoretische Grundannahme der Arbeiten der Politischen Ökologie besteht wie dargestellt in der wechselseitig konstitutiven Beziehung von Natur und Gesellschaft, d.h. in der axiomatischen Setzung, dass nicht die eine Sphäre die andere beeinflusst, sondern beide nur in Bezug zueinander gefasst werden können. Mit dem Ziel, eine Perspektive zu entwerfen, die Konflikte um Natur theoretisch fassbar und empirisch analysierbar macht, ergänzen wir diese Grundannahme im Folgenden um einen handlungstheoretisch inspirierten Konfliktbegriff aus

der soziologischen Konflikttheorie. Der Konfliktbegriff wird, so argumentieren wir, analytisch besser fassbar, wenn er an Akteurshandeln gebunden und damit der Beobachtung zugänglich wird. Wir verstehen Konflikte als soziales Handeln, das durch Macht und Interessen strukturiert wird. Die Kategorien „Macht“ und „Interessen“ dienen nicht nur der handlungstheoretischen Einordnung des Konfliktbegriffs, sondern binden Konflikte um Natur auch an soziale Verhältnisse zurück (etwa Geschlechter- und Klassenverhältnisse, rassistisch bzw. ethnisch begründete Exklusionen und Zugangsverweigerungen). Hierüber lässt sich analytisch die Brücke zwischen Konflikten als Akteurshandeln und strukturell angelegten gesellschaftlichen Widersprüchen schlagen.

Konflikte sind sozialen Beziehungen inhärent. Gerade weil Konflikte in strukturierten sozialen Systemen selbstverständlich sind, scheint der Konfliktbegriff häufig keiner weiteren Erklärung zu bedürfen. Wenn wir als Konflikt eine Beziehung zwischen mindestens zwei AkteurInnen mit von ihnen als widersprüchlich wahrgenommenen Interessen, Zielen oder Bedürfnissen verstehen, sind Voraussetzung für einen Konflikt a) das Vorhandensein individueller oder kollektiver AkteurInnen und b) einer sozialen Beziehung zwischen ihnen. Das Vorhandensein einer sozialen Beziehung setzt nicht notwendigerweise voraus, dass die Beteiligten sich gegenseitig persönlich kennen: Die wenigsten Landlosen etwa kennen die Führungskräfte eines multinationalen Unternehmens, das die Flächen aufkauft, deren Nutzung sie einfordern – und andersherum.

Konflikte sind Akte sozialen Handelns, dabei aber stets in übergeordnete gesellschaftliche Strukturen eingebunden (Arbeitsteilung, Machtverteilung, Geschlechter- und andere soziale Verhältnisse etc.). Die dem Sozialen inhärenten Widersprüche bilden mithin den gesellschaftlichen Rahmen für Konflikthandeln, sie stellen als solche aber noch keine Konflikte dar. Erst wenn soziale AkteurInnen sie wahrnehmen, interpretieren und bewerten, werden gesellschaftliche Widersprüche bedeutsam und somit handlungsrelevant (vgl. Oßenbrügge 1983; Siegelberg 1994). Wenn widersprüchliche gesellschaftliche Verhältnisse und ihre Wahrnehmung durch die AkteurInnen in Handeln resultieren, liegt ein Konflikt vor, den wir beobachten und analysieren können. Nicht jede Wahrnehmung von Widersprüchen durch die AkteurInnen resultiert notwendigerweise (unmittelbar) in Handeln – etwa, weil den AkteurInnen aufgrund von Machtverhältnissen keine Mittel zur Verfügung stehen, die sie für adäquat erachten. Ein Konflikt liegt mithin dann vor, wenn sich eine Handlungssequenz zwischen AkteurInnen beobachten lässt. Konflikthandeln schließt eine Vielfalt von Handlungsweisen ein. Welche Handlungsoptionen und -mittel den AkteurInnen zur Verfügung stehen, ist abhängig von ihrer Position im durch Macht strukturierten sozialen Feld. Wie sie tatsächlich handeln, ist abhängig von ihren durch Interessen geleiteten Zielen sowie davon, welche Mittel sie für adäquat erachten und ihnen zur Verfügung stehen, diese Ziele zu erreichen.

Die Interessen der beteiligten AkteurInnen bestimmen die Zielstruktur des Konflikthandelns (vgl. Giesen 1993). Unterschiedliche Interessen sind ein Grundbestandteil aller Konflikte. Interessen lassen sich mit Zustimmung oder gegen den Willen anderer realisieren. Über Interessen wird der Bezug zu Handlungszusammenhängen sichtbar, sowohl hinsichtlich der Beziehung zwischen einem/einer individuellen oder kollektiven AkteurIn und Natur als auch zwischen mehreren AkteurInnen. Interessen von individuellen oder kollektiven AkteurInnen sind nicht quasi-natürlich gegeben; es gibt keine natürliche Interessenidentität, die von gesellschaftlichen Strukturbedingungen unabhängig wäre. Interessen werden immer durch den gesellschaftlichen Prozess produziert (Šik 1977), etwa durch das System der Arbeitsteilung, durch rassialisierte Eigentumssysteme oder die Geschlechterverhältnisse. So sind die Interessen von AkteurInnen

in Konflikten um Natur (LandarbeiterInnen, SubsistenzbäuerInnen, *pastoralists*, Indigene, AgrarunternehmerInnen etc.) beeinflusst durch ihre Position im sozialen Feld, die ihnen als Angehörige einer sozialen Gemeinschaft „ähnliche Lebenschancen und -erwartungen, ähnliche Gefühle der Privilegierung oder Benachteiligung vermittelt“ (Giesen 1993, 95). Nichtsdestotrotz folgt das Handeln sozialer AkteurInnen nicht quasi-deterministisch aus den Strukturen, innerhalb derer sie sich bewegen – umso weniger, als sich keine homogenen sozialen AkteurInnen entlang einzelner Kategorien definieren lassen, sondern innerhalb gesellschaftlicher Gruppen stets machtvolle Differenzen und Hierarchien bestehen. Auch wenn sich AkteurInnen ihrer Interessenlagen prinzipiell bewusst sein können (was nicht grundsätzlich der Fall sein muss), leitet sich hieraus nicht zwangsläufig Konflikt handeln ab. So sind die Realisierung individueller oder kollektiver Interessen und mithin das Handeln in Konflikten abhängig von der Macht, über die AkteurInnen verfügen.

Die Verteilung von Macht zwischen den AkteurInnen prägt die Mittelstruktur in Konflikten. Macht verstehen wir hier im Sinne Max Webers als die Fähigkeit eines Akteurs/einer Akteurin, den eigenen Willen in sozialen Beziehungen auch gegen den Willen anderer durchzusetzen (vgl. Weber 1972). In Bezug auf Konflikte um Natur lässt sich Macht in diesem Sinne als die Fähigkeit von AkteurInnen fassen, ihr eigenes Verhältnis sowie das von anderen AkteurInnen zur Natur zu kontrollieren und zu bestimmen (vgl. Bryant/Bailey 1997, 39). Die Austragungsmodi – also die Formen des zu beobachtenden Konflikt handelns – werden durch die Machtverteilung, soziale Positionen und Herrschaftsverhältnisse bestimmt. Allgemein erstrecken sich die Modi des Konfliktaustrags von Deliberation bis hin zu militärisch organisierter Gewalt, wobei die zur Verfügung stehenden Mittel auch vom Typ der AkteurInnen und sozialen Gemeinschaften abhängen.

Mit dem Verständnis von Konflikten als Akte sozialen Handelns binden wir den Konfliktbegriff an Akteurshandeln. Gleichzeitig ermöglichen die Kategorien Interessen und Macht die analytische Rückbindung von Akteurshandeln an gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse. Ein in dieser Form gesellschaftstheoretisch verankerter Konfliktbegriff räumt in der Erklärung sozialer Phänomene weder AkteurInnen und ihrem Handeln noch gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen Priorität ein, sondern versteht beide als untrennbar aufeinander bezogen. Aus dieser Perspektive ist ein Verständnis von Konflikten als soziales Handeln theoretisch kompatibel mit Ansätzen, die auf die gesellschaftliche Verfasstheit von Natur und die politische Umkämpftheit des Zugangs zu, des Besitzes von sowie der Kontrolle über natürliche Ressourcen verweisen. Die von uns vorgeschlagene Perspektive stellt eine Erweiterung bestehender politisch-ökologischer Arbeiten in Bezug auf die Analyse von Konflikten um Natur dar, ohne dabei die Relevanz gesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse für soziale AkteurInnen und ihr Handeln oder die Bedeutung eines politischen Konfliktbegriffs zu negieren.

3.3 Konflikte um Natur aus gesellschafts- und konflikttheoretischer Perspektive

Was folgt aus diesen Überlegungen für die Analyse von Konflikten um Natur? Die Umweltkonfliktforschung möchte a) einen möglichen kausalen Zusammenhang zwischen Temperatur- und Niederschlagsveränderungen, der Menge und Qualität natürlicher Ressourcen sowie Konflikt und Gewalt überprüfen (etwa Hendrix/Glaser 2007) und b) die möglichen kausalen Pfade von „umweltbedingter Ressourcenknappheit“ (etwa Percival/Homer-Dixon 1998; Homer-Dixon 1999) nachvollziehen. Demgegenüber schlagen wir vor, zunächst generell nach gesellschaftlichen Erklärungen für Konflikte um Natur zu fragen – ohne a priori anzunehmen, dass die Knappheit

oder Verknappung einer Materie dafür ursächlich sind. Anderenfalls besteht die Gefahr, ursächliche Zusammenhänge, die plausiblere Erklärungen darstellen, aus dem Blick zu verlieren:

We find that factors other than those directly related to environmental conditions and resource scarcity dominate as plausible explanations of the violent conflict. We argue that three structural factors are the main drivers behind these conflicts: agricultural encroachment that obstructed the mobility of herders and livestock, opportunistic behavior of rural actors as a consequence of an increasing political vacuum, and corruption and rent seeking among government officials. (Benjaminsen et al. 2012, 97)

Gegenüber der bestehenden Umweltkonfliktforschung bietet die Politische Ökologie hierfür eine geeignete und grundsätzlich andere Analyseperspektive an. Es geht nicht darum, Modelle anders zu spezifizieren, andere Variablen zu identifizieren oder sie anders zu operationalisieren, sondern darum, andere Forschungsfragen in Bezug auf Konflikte um Natur zu stellen. Auch die Politische Ökologie beschäftigt sich mit den Wirkungen und der gesellschaftlichen Konflikthaftigkeit sich wandelnder Ressourcenverfügbarkeit. Anders als die Umweltkonfliktforschung wird hier jedoch nicht von einer „natürlichen“ Verknappung von Ressourcen ausgegangen, die soziales Handeln strukturiert. Aus einer gesellschaftskritischen Perspektive wird Verknappung immer als relational – soziale Ungleichheiten und Verhältnisse berücksichtigend – gefasst.

Für die Analyse etwa von Konflikten um Land bzw. Landnutzung stellen sich aus der im vorausgegangenen Kapitel entworfenen Analyseperspektive folgende Fragen: Wer entscheidet wie über die Nutzung von Land? Welche Differenz- und Machtkategorien beeinflussen die (ungleiche) Verteilung von Besitz- und Nutzungsrechten? Wie hängen konflikthafte Ausprägungen der ökologischen Krise – Verknappung, Kontamination, Degradierung – mit den konkreten und historisch veränderbaren sozialen Praktiken der Aneignung und Transformation von Land zusammen? Zu fragen ist darüber hinaus nach den Interessen und Machtverhältnissen, die das jeweilige Handeln strukturieren sowie nach den politisch-ökonomischen Zusammenhängen, ihrer institutionellen Vermittlung (etwa über den Markt) und Wirkungen für das Konflikthandeln und den Konfliktverlauf. Schließlich ist im Zuge der Transformation von Konflikten die (Neu-)Gestaltung sozialer und politischer Institutionen und Verhältnisse möglich. Konflikte wirken zwangsläufig auf gesellschaftliche Normen und Strukturen – und damit auch auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – zurück.

4. Schlussbemerkung

Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Beobachtung, dass das Begriffspaar „Umwelt/Natur“ und „Konflikt“ in jüngerer Zeit in sozialwissenschaftlichen und politischen Debatten um die ökologische Krise prominent geworden ist. Wir haben aus politisch-ökologischer Perspektive die Umweltkonfliktforschung für ihre mangelnde theoretische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Natur kritisiert. Eine Perspektive, die beide Sphären als wechselseitig konstitutiv aufeinander bezogen begreift, unterscheidet sich grundlegend von einer Konzeption der „Wechselwirkung“¹⁰ zwischen sozialen, politischen und ökologischen Einflüssen, wie sie in kausalistischen Modellen der Umweltkonfliktforschung vertreten wird. Daraus folgt jedoch nicht, dass die stofflichen Eigenschaften von Natur in Konflikten um sie keine Bedeutung erlangen. Hierin besteht der besondere Beitrag, den Arbeiten aus dem Feld der Politischen Ökologie zur

Forschung über Konflikte um Natur leisten können¹¹: Sie richten den Blick darauf, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse in Natur einschreiben und vermögen damit die soziale Produktion von Natur zu erfassen, ohne die eigenständige Bedeutung ihrer physischen Materialität außer Acht zu lassen. Damit bietet die Politische Ökologie einen theoretisch-analytischen Vorteil gegenüber Arbeiten, die Natur und Gesellschaft als voneinander getrennte Sphären betrachten – aber ebenso gegenüber einer Perspektive, die Konflikte um Natur ausschließlich politökonomisch fasst.

Wir kritisieren die fehlende Präzisierung zentraler Begriffe in der bestehenden Literatur zum Themenfeld „Konflikte um Natur“ nicht nur, weil es in ihrer Folge zu vermeidbaren Missverständnissen in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion kommen kann. Die unscharfe Begriffsverwendung ist auch ein Ausdruck ungenügender gesellschafts- und konflikttheoretischer Rückbindung vieler Arbeiten. Wir haben exemplarisch Arbeiten aus der Umweltkonfliktforschung und dem Feld der Politischen Ökologie skizziert, ohne dabei den Anspruch zu erheben, die Vielzahl von Ansätzen und empirischen Studien zu Konflikten um Natur zu erfassen.

Die Verwendung von Begriffen beinhaltet stets auch eine theoretische und politische Positionierung – dies gilt für die Begriffe, mit denen Konflikte um Natur beschrieben werden, ebenso wie für den Konfliktbegriff selbst. Ein weit gefasster Konfliktbegriff, wie er häufig in Arbeiten aus dem Feld der Politischen Ökologie verwendet wird, kann politisch durchaus sinnvoll sein. Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, dass viele politisch-ökologische Analysen ausgehend von einem Erkenntnisinteresse, das sich auf politische Praxis richtet, mit entsprechend weit gefassten Begriffen von Konflikt arbeiten. Analytisch ist ein solcher Konfliktbegriff dennoch weniger hilfreich: Die Beschreibung jeglicher sozialer Widersprüche als Konflikte führt dazu, dass der Begriff an analytischer Schärfe verliert. Wir teilen das emanzipatorische, auf gesellschaftliche und politische Praxis ausgerichtete Erkenntnisinteresse der Politischen Ökologie. Aber wir argumentieren zugunsten einer Konzeption, die den Konfliktbegriff an soziales Handeln bindet, weil dieses beobachtbar und damit dem wissenschaftlichen Fremdverstehen zugänglich ist. Ohne Zweifel ist die Analyse gesellschaftlicher Widersprüche ebenso eine Voraussetzung dafür, ihnen politisch entgegenzuarbeiten wie dafür, die aus ihnen folgenden Konflikte verstehend erklären zu können. Für Letzteres ist es aber wenig hilfreich, sozialen Widerspruch und Konflikt begrifflich gleichzusetzen.

Wie dargestellt umfasst das Feld der Politischen Ökologie ein breites Spektrum an Zugängen, das von politökonomischen über stärker akteurszentrierte bis hin zu poststrukturalistischen Ansätzen reicht. Sie ergänzen sich gegenseitig mehr, als dass sie sich ausschließen würden, und ihre Vielfalt sowie die Debatten zwischen VertreterInnen unterschiedlicher Perspektiven stellen eine Stärke politisch-ökologischer Analysen dar. Wir schließen mit der in diesem Beitrag entwickelten Perspektive insbesondere an die akteurszentrierten Arbeiten aus dem Feld der Politischen Ökologie an. Aus dieser Perspektive steht ein handlungsorientierter Konfliktbegriff durchaus in Einklang mit einem dialektischen Verständnis von Gesellschaft und Natur, denn aus einem solchen Verständnis muss nicht notwendigerweise eine primär strukturtheoretisch angeleitete Analyse folgen. Uns ging es in diesem Beitrag jedoch nicht um die Grundfrage des Akteur-Struktur-Verhältnisses, sondern darum, eine Perspektive aufzuzeigen, aus der die empirische Analyse von Konflikten um Natur gleichzeitig theoretisch begründet und forschungspraktisch umsetzbar ist.

In diesem Sinne bedeutet es keineswegs, wenn wir zugunsten eines empirisch-analytischen, auf soziales Handeln ausgerichteten Konfliktbegriffs argumentieren, dass wir damit die (makro-)strukturellen Bedingungen dieses Handelns oder ihre kulturelle Dimension analytisch vernachlässigen wollten. Im Gegenteil: Das theoretisch und thematisch vielfältige Feld der Politischen Ökologie eröffnet gerade die Möglichkeit, soziales Handeln analytisch an die strukturellen Wi-

dersprüche, die kapitalistischer Vergesellschaftung inhärent sind, an soziale Kategorien und Verhältnisse (etwa Geschlecht bzw. Geschlechterverhältnisse) oder an konkurrierende Naturdeutungen, widerstreitende Diskurse um Gesellschaft-Natur-Verhältnisse und die asymmetrische Produktion von Wissen „über Natur“ zurückzubinden. Es geht keinesfalls darum, diese Dimensionen auszuschließen, sondern darum, sie nicht als solche bereits als Konflikte zu bezeichnen – zugunsten einer umfassenden, geschärften und differenzierten empirischen Analyse von Konflikten um Natur aus politisch-ökologischer Perspektive.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Teil des Titels ist angelehnt an einen Text von Swyngedouw (2009).
- 2 Für hilfreiche Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Textes bedanken wir uns bei Maria Backhouse, Sybille Bauriedl, Achim Brunnengräber, Korbinian Hartberger, Regine Schönenberg, Markus Wissen sowie den GutachterInnen und der Redaktion der ÖZP.
- 3 Zu nennen sind hier etwa die lateinamerikanischen Netzwerke zur Beobachtung und Dokumentation von Umweltkonflikten (Observatorio de Conflictos Ambientales de América Latina, OLCA) und Bergbaukonflikten (Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina, OCMAL) sowie der Conflict Early Warning and Response Mechanism (CEWARN) der Intergovernmental Authority on Development (IGAD), ein zwischenstaatlicher Mechanismus zur Frühwarnung bei pastoralen Konflikten am Horn von Afrika.
- 4 Vgl. etwa die Schwerpunktausgaben „Climate Change and Conflict“ des *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 2012, „Climate Change and Conflict“ der Zeitschrift *Political Geography*, Vol. 26(6), 2007 und den Schwerpunktbereich „Ecological Distribution Conflicts“ der Zeitschrift *Ecological Economics*, Vol. 70(2), 2010.
- 5 Als politisch-ökonomische und politisch-institutionelle Transformationen fassen wir Wandlungsprozesse hinsichtlich der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, etwa die Kommodifizierung von Ressourcen (Land, Wasser), die Finanzspekulationen mit Land, eine verstärkte monokulturelle, agroindustrielle Naturnutzung und -aneignung oder eine umweltzerstörerische Erschließung und Ausbeutung von Öl- oder Erzvorkommen.
- 6 Thomas Robert Malthus argumentierte in seinem erstmals 1789 erschienenen *Essay on the Principle of Population as it affects the future improvement of society*, dass die Lebensmittelproduktion zwar durch technische Innovation linear zu steigern sei, aber nicht mit dem exponentiellen Wachstum der Weltbevölkerung Schritt halten könne (Malthus 1970).
- 7 Vgl. die Ausgaben der Zeitschrift *Political Geography*, Vol. 26(6), 2007 und des *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 2012.
- 8 Eine Ausnahme ist die Arbeit von Butler/Gates 2010, die Eigentumsrechte in ein formales Modell zur Erklärung des Zusammenhangs von Klimawandel und Konflikt integrieren.
- 9 Herrschaft lässt sich hier als institutionalisiertes Machtverhältnis verstehen. Machtverhältnisse zwischen sozialen Gruppen erlangen durch soziale und politische Institutionen eine gewisse Dauerhaftigkeit (ohne dass sie deshalb unveränderlich wären). Die Mechanismen zur Herstellung und Erhaltung solcher Institutionen, mithin also Herrschaftsmechanismen, sind vielfältig, wobei die Kontrolle über Natur oft eine wichtige Rolle spielt.
- 10 Zum Unterschied zwischen dem Begriff der „Wechselwirkung“, als „eine eher äußerliche Bezugnahme von Relaten aufeinander“, und dem Begriff der „Vermittlung“ als „dialektischen Bezug einander entgegen gesetzter Pole, die gleichwohl ineinander enthalten sind bzw. konstitutiv aufeinander verweisen“ vgl. Görg 2003b, 303.
- 11 Letzteres stellt keinen Grundkonsens der Arbeiten dar, die sich dem Forschungsfeld der Politischen Ökologie zuordnen lassen. Die Frage um die Anerkennung einer eigenen, gesellschaftlich vermittelten Materialität von Natur ist innerhalb des Feldes umstritten (vgl. für eine ausführliche Diskussion zum Thema soziale Produktion und Materialität von Natur: Wissen 2008). Wir beziehen uns an dieser Stelle auf Arbeiten, die diese Eigenständigkeit anerkennen (etwa Castree 1995; 2000).

LITERATURVERZEICHNIS

- Agarwal, Bina (1998). The gender and environment debate, in: Roger Keil/David V.J. Bell/Peter Penz/Leesa Fawcett (Hg.): *Political Ecology. Global and Local*, London, 193–219.
- Agrawal, Arun (2005). *Environmentality. Technologies of Government and Making of Subjects*, Durham.

- Bächler, Günther/Volker Böge/Stefan Klötzli/Stephan Libiszewski/Kurt R. Spillmann (Hg.) (1996). *Kriegsursache Umweltzerstörung: Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung*, Zürich.
- Barnett, Jon/Neil W. Adger (2007). Climate change, human security and violent conflict, in: *Political Geography*, Vol. 26(6), 639–655.
- Bauriedl, Sybille (2010). Erkenntnisse der Geschlechterforschung für eine erweiterte sozialwissenschaftliche Klimaforschung, in: Sybille Bauriedl/Michaela Schier/Anke Strüver (Hg.): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen: Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*, Münster, 194–216.
- Bebbington, Anthony (Hg.) (2007a). *Minería, Movimientos sociales y respuestas campesinas: una ecología política de transformaciones territoriales*, Lima.
- Bebbington, Anthony (2007b). Elementos para una ecología política de los movimientos sociales y el desarrollo territorial en zonas mineras, in: Anthony Bebbington (Hg.): *Minería, Movimientos sociales y respuestas campesinas: una ecología política de transformaciones territoriales*, Lima, 23–46.
- Becker, Egon/Thomas Jahn (2003). Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse; in: Gernot Böhme/Alexandra Manzei (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*, München, 91–112.
- Becker, Egon/Thomas Jahn (Hg.) (2006). *Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt am Main.
- Benjaminsen, Tor A./Koffi Alinoni/Halvard Buhaug/Jill Tove Buseth (2012). Does climate change drive land-use conflicts in the Sahel? In: *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 97–111.
- Blaikie, Piers M. (1985). *The Political Economy of Soil Erosion in Developing Countries*, London.
- Bryant, Raymond L./Sinéad Bailey (1997). *Third World Political Ecology*, London, New York.
- Buhaug, Halvard/Urdal Henrik (2009). Will Climate Change Lead to more Urban Violence? Urbanization, Urban Environment Problems, and Social Disorder in Cities, paper presented at the 50th Annual Convention of the International Studies Association, New York, 15–18 February 2009.
- Bunker, Stephen (1985). *Underdeveloping the Amazon: Extraction, Unequal Exchange, and the Failure of the Modern State*, Urbana.
- Butler, Christopher K./Scott Gates (2012). African range wars: Climate, conflict, and property rights, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 23–34.
- Butler, Christopher R./Scott Gates (2010). African Range Wars: Climate, Conflict, and Property Rights, paper presented at the conference „climate change and security“, 250th Anniversary Conference organized for the Royal Norwegian Society of Sciences and Letters, Trondheim, Norway, 21–24 June.
- Carvalho, Georgia O. (2006). Environmental Resistance and the Politics of Energy Development in the Brazilian Amazon, in: *The Journal of Environment Development*, Vol. 15(3), 245–268.
- Castree, Noel (1995). The Nature of Produced Nature: Materiality and Knowledge Construction in Marxism, in: *Antipode*, Vol. 27(1), 12–48.
- Castree, Noel (2000). Marxism and the Production of Nature, in: *Capital and Class*, 72, 5–36.
- Castree, Noel (2001). Socializing Nature: Theory, Practice, and Politics, in: Noel Castree/Bruse Braun (Hg.): *Social Nature. Theory, Practice, and Politics*, Malden, Oxford, 1–21.
- Collier, Paul/Anke Hoeffler (2005). Resource Rents, Governance, and Conflict, in: *Journal of Conflict Resolution*, Vol. 49(4), 625–633.
- Deligiannis, Tom (2012). The Evolution of Environment-Conflict Research: Toward a Livelihood Framework, in: *Global Environmental Politics*, Vol. 12(1), 78–100.
- Engels, Bettina/Sven Chojnacki (2012). Raus aus der Klimafalle! Wie die Friedens- und Konfliktforschung mit ökologischem Wandel umgehen kann, in: *Die Friedens-Warte*, Vol. 87(1), 89–110.
- Escobar, Arturo (1996). Construction Nature. Elements for a post-structuralist political ecology, in: *Futures*, Vol. 28(4), 325–343.
- Escobar, Arturo (2006). Difference and Conflict in the Struggle Over Natural Resources: A political ecology framework, in: *Development*, Vol. 49(3), 6–13.
- Escobar, Arturo (2008). *Territories of Difference. Place, movements, life, redes*, Durham, London.
- Fulmer, Amanda M./Angelina Snodgrass/Philip Neff (2008). Indigenous Rights, Resistance, and the Law: Lessons from a Guatemalan Mine, in: *Latin American Politics and Society*, Vol. 50(4), 91–121.
- García, Rolando (1981). *Drought and Man: The 1972 Case History*, Band 1: *Nature pleads not guilty*, Oxford/New York.
- Giesen, Bernhard (1993). Die Konflikttheorie, in: Günter Endruweit (Hg.): *Moderne Theorien der Soziologie. Ein Lehrbuch*, Stuttgart, 87–134.
- Görg, Christoph (2003a). Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse, in: Gernot Böhme/Alexandra Manzei (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*, München, 113–133.
- Görg, Christoph (2003b). Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- Hauge, Wenche/Tanja Ellingsen (1998). Beyond Environmental Scarcity: Causal Pathways to Conflict, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 35(3), 299–317.

- Hendrix, Cullen/Idean Salehyan* (2012). Conflict change, rainfall and social conflict in Africa, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 35–50.
- Hendrix, Cullen S./Sarah M. Glaser* (2007). Trends and triggers: Climate, climate change and civil conflict in Sub-Saharan Africa, in: *Political Geography*, Vol. 26(6), 695–715.
- Homer-Dixon, Thomas* (1994). Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence from Cases, in: *International Security*, Vol. 19(1), 5–40.
- Homer-Dixon, Thomas* (1999). *Environment, scarcity, and violence*, Princeton.
- Humphreys, Denise/Anthony Bebbington* (2010). Anatomy of a Regional Conflict. Tarija and Resource Grievances in Morales's Bolivia, in: *Latin American Perspective*, Vol. 37(4), 140–160.
- le Billon, Philippe* (2005). Fuelling war: natural resources and armed conflict, Abingdon.
- Martinez-Alier, Joan* (1997). Conflictos de distribución ecológica, in: *revista andina*, Vol. 15(1), 41–66.
- Martinez-Alier, Joan* (2002). *The Environmentalism of the Poor: A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, London.
- Meier, Patrick/Doug Bond/Joe Bond* (2007). Environmental influences on pastoral conflict in the Horn of Africa, in: *Political Geography*, Vol. 26(6), 716–735.
- Müller-Mahn, Detlef* (2006). Wasserkonflikte im Nahen Osten – eine Machtfrage, in: *Geographische Rundschau*, Vol. 58(2), 40–48.
- Nims, Salma* (2005). *The Dynamics of Socio-Environmental Conflict of Land Reform in Jordan: A Political Ecology Perspective*. San Domenico de Fiesole (Italien), European University Institute.
- O'Brien, Jay* (1985). Sowing the seeds of famine: the political economy of food deficits in Sudan, in: *Review of African Political Economy*, 33, 23–32.
- Orta-Martínez, Marti/Matt Finer* (2010). Oil frontiers and indigenous resistance in the Peruvian Amazon, in: *Ecological Economics*, Vol. 70(2), 207–218.
- Ortiz T., Pablo* (2004). Petróleo y comunidades indígenas: extractivismo, conflictos y desarticulación social, in: Tanya Korovkin (Hg.): *Efectos Sociales de la Globalización. Petróleo, banano y flores en Ecuador*, Quito, 15–78.
- Ortiz T., Pablo* (Hg.) (1999). *Comunidades y Conflictos Socioambientales: Experiencias y Desafíos en America Latina*, Quito.
- Ößenbrügge, Jürgen* (1983). *Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung: Konzepte zur Analyse der politischen und sozialen Organisation des Raums auf der Grundlage anglo-amerikanischer Forschungsansätze*, Hamburg.
- Peluso, Nancy Lee* (2012). What's Nature Got To Do With It? A Situated Historical Perspective on Socio-natural Commodities, in: *Development and Change*, Vol. 43(1), 79–104.
- Peluso, Nancy Lee/Michael Watts* (Hg.) (2001a). *Violent Environments*, Ithaca/London.
- Peluso, Nancy Lee/Michael Watts* (2001b). *Violent Environments*, in: Nancy Lee Peluso/Michael Watts (Hg.): *Violent Environments*, Ithaca/London, 3–38.
- Percival, Val/Thomas Homer-Dixon* (1998). Environmental Scarcity and Violent Conflict: The Case of South Africa, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 35(3), 279–298.
- Raleigh, Clionadh/Henrik Urdal* (2007). Climate change, environmental degradation and armed conflict, in: *Political Geography*, Vol. 26(6), 674–694.
- Raleigh, Clionadh/Dominic Kniveton* (2012). Come rain or shine: An analysis of conflict and climate variability in East Africa, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 51–64.
- Reboratti, Carlos* (2008). Environmental Conflicts and Environmental Justice in Argentina, in: David V. Carruthers (Hg.): *Environmental Justice in Latin America. Problems, Promise, and Practice*, Cambridge, London, 101–117.
- Reuveny, Rafael* (2007). Climate change-induced migration and violent conflict, in: *Political Geography*, Vol. 26(6), 656–673.
- Robbins, Paul* (2004). *Political Ecology*, Malden, Oxford, Carlton.
- Rocheleau, Dianne/Barbara Thomas-Slayter/Esther Wangari* (Hg.) (1996). *Feminist Political Ecology: Global issues and local experiences*, London.
- Ross, Michael L.* (2004). What Do We Know About Natural Resources and Civil War, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 41(3), 337–356.
- Salehyan, Idean* (2008). From Climate Change to Conflict? No Consensus Yet, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 45(3), 315–326.
- Santandreu, Alain/Eduardo Gudynas* (1998). *Ciudadanía en movimiento. Participación y conflictos ambientales*, Montevideo.
- Siegelberg, Jens* (1994). *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Šik, Ota* (1977). Sozio-ökonomische Bestimmungsfaktoren der Interessen, in: Peter Reichel/Peter Massing (Hg.): *Interesse und Gesellschaft. Definitionen – Kontroversen – Perspektiven*, München, 224–233.
- Swyngedouw, Erik* (2009). Immer Ärger mit der Natur: „Ökologie als Opium für's Volk“, in: *PROKLA*, Vol. 39(3), 371–389.

- Theisen*, Ole Magnus (2012). Climate clashes? Weather variability, land pressure, and organized violence in Kenya, 1989–2004, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 49(1), 81–96.
- Ulloa*, Astrid (2010). *The Ecological Native: Indigenous Movements and Eco-governmentality in Colombia*, New York.
- UN News Center* (2007). Ban Ki-moon calls on new generation to take better care of Planet Earth than his own.
- Vanderveest*, Peter/Nancy Lee *Peluso* (1995). Territorialization and state power in Thailand, in: *Theory and Society*, 24, 385–426.
- Wasser*, Nicolas/Maria *Backhouse*/Kristina *Dietz* (2012): Zur Bedeutung von Geschlecht in der Agrarkraftstoffproduktion. Fair Fuels? Working Paper 5, Berlin.
- Watts*, Michael (2007). Petro-insurgency or criminal syndicate? Conflict & violence in the Niger Delta, in: *Review of African Political Economy*, Vol. 34(114), 637–660.
- WBGU* (2008). *Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Heidelberg.
- Weber*, Max (1972/1921). *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.
- Wissen*, Markus (2008). Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt, in: Alex *Demirović* (Hg.): *Kritik und Materialität*, Münster, 73–87.

AUTORINNEN

Kristina DIETZ, Dr.in rer-pol., geb. 1972, Lateinamerika-Institut der FU Berlin, Forschungsinteressen: Politische Ökologie, Klima- und Energiepolitik, Natur und Herrschaft, Konflikte um Land, Demokratie und Partizipation, Entwicklung, Lateinamerika. Publikationen: *Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania*, Münster, 2011; *Sozial-ökologische Ungleichheiten. Zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Demokratie in Lateinamerika*, in: *Wehr*, Ingrid/Hans-Jürgen *Burchardt* (Hg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika*. Baden-Baden, 2011, 107–136; *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika* (mit Hans-Jürgen Burchardt, Rainer Öhlschläger) (Hg.), Baden-Baden, 2013.

Bettina ENGELS, Dr.in phil., geb. 1978, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Forschungsinteressen: Konflikte um Land, Contentious Politics, Afrika südlich der Sahara, Publikationen: *Raus aus der Klimafalle! Wie die Friedens- und Konfliktforschung mit ökologischem Wandel umgehen kann* (mit Sven Chojnacki), in: *Die Friedens-Warte*, 87(1), 2012, 89–110; *Umweltwandel, Migration und Gewaltkonflikte. Landrechte in der Côte d'Ivoire*, in: *Brzoska*, Michael/Martin *Kalinowski*/Volker *Matthies*/Berthold *Meyer* (Hg.): *Klimawandel und Konflikte*, Baden-Baden, 2011, 137–156; *Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens* (mit Kristina Dietz), in: *PERIPHERIE*, 31(124), 2011, 399–420.